



HESSEN

Bericht aus Brüssel

12/2026 vom 29.06.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union

21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel

Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13

E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis¹

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	6
Energie.....	6
Digital.....	7
Forschung.....	7
Finanzen.....	8
Soziales.....	8
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	9
Landwirtschaft und Umwelt.....	10
Justiz.....	10
Inneres.....	10
Vorschau.....	12

¹ Redaktionsschluss ist am 17.06.2026

Europäischer Rat; Ergebnisse des Gipfels am 18./19.06.2026

Die EU-Staats- und Regierungschefs kamen am 18./19.06.2026 zum Europäischen Rat (ER) in Brüssel zusammen. Sie befassten sich insbesondere mit der Ukraine, der Lage im Nahen Osten (auch mit den Energiepreisen im Zuge des Irankonflikts), der EU-Wettbewerbsfähigkeit, der Sicherheit und Verteidigung sowie dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Der ER hat einen Gedankenaustausch mit dem Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, geführt. Die Schlussfolgerungen zur Ukraine wurden erstmalig seit 2024 wieder von allen 27 Mitgliedstaaten verabschiedet. Der ER versichert dem Land darin seine „unverbrüchliche Unterstützung“ und begrüßt die Eröffnung des ersten Clusters der Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine am 15.06.2026. Er hat die Sanktionen gegen Russland um ein Jahr verlängert, und die rasche Annahme des 21. Sanktionspakets gefordert. Die Staats- und Regierungschefs haben sich außerdem mit dem aktuellen Stand der Bemühungen zur Stärkung der EU-Wettbewerbsfähigkeit und globalen wirtschaftlichen Herausforderungen, insbesondere dem Handel mit China, befasst. Zum MFR wurde eine Aussprache geführt und IRL als kommende Ratspräsidentschaft aufgefordert, die Arbeiten zügig weiterzuführen. Bis Jahresende wird eine Einigung zum MFR angestrebt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2026/06/18-19/>

Rat; Ratspräsidentschaft IRL

IRL übernimmt vom 01.07.-31.12.2026 den Vorsitz im Rat der EU. Unter dem Motto "Stärke durch Einheit" hat die irische Ratspräsidentschaft die zentralen Prioritäten (europäische Wettbewerbsfähigkeit, europäische Werte und europäische Sicherheit) festgelegt. Laut dem Programm der irischen Ratspräsidentschaft müsse Europa dringend Maßnahmen ergreifen, um seine Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität zu steigern. Ebenfalls müsse „zeitnah“ eine Einigung über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) getroffen werden. Die irische Ratspräsidentschaft plant, sich weiterhin intensiv für die fortgesetzte Unterstützung für die Ukraine einzusetzen und die Verteidigungsfähigkeit der EU auszubauen.

<https://irish-presidency.consilium.europa.eu/en/programme/programme-of-the-irish-presidency/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Kommission; Gipfel EU-Westbalkan

Am 05.06.2026 fand ein Gipfeltreffen EU-Westbalkan in Tivat (Montenegro) zum Thema „Gemeinsamer Wohlstand und gemeinsame Stabilität der EU und des Westbalkans“, statt. Auf dem Gipfel wurde seitens der EU das uneingeschränkte und klare Bekenntnis zur Perspektive einer Mitgliedschaft des Westbalkans in der EU bekräftigt. Des Weiteren wurde eine Bilanz über die Fortschritte bei der schrittweisen Integration des Westbalkans in die EU gezogen und erörtert, wie diese weiter vorangebracht werden kann.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2026/06/05/>

Rat; Kommission; Gipfel EU-Republik Korea

Am 10.06.2026 fand in Brüssel ein Gipfeltreffen zwischen der EU und der Republik Korea statt. Im Rahmen des Gipfeltreffens wurde eine gemeinsame Erklärung abgegeben und ein Abkommen über den digitalen Handel unterzeichnet. Mit dem neuen Abkommen soll vor allem die digitale Wirtschaft zwischen EU und Korea enger miteinander verknüpft, innovationsgetriebenes Wachstum gefördert, und hohe Standards für den digitalen Handel gesetzt werden. Es wurde ferner eine Vereinbarung getroffen ein neues Abkommen über Informationssicherheit auszuhandeln, um die bestehende Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft weiter zu stärken. Zudem wurde vereinbart, eine neue Partnerschaft für Wettbewerbsfähigkeit ins Leben zu rufen. Auf dem Gipfel wurden ebenfalls

die regionalen und globalen Entwicklungen erörtert, darunter auch die Lage auf der koreanischen Halbinsel. Die EU würdigte schließlich die Unterstützung Koreas für die Ukraine.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/10/joint-statement-following-the-eu-republic-of-korea-summit/>

Rat; Kommission; Beitrittsverhandlungen mit Ukraine und Moldau

Am 15.06.2026 wurde der erste Block der EU-Beitrittsverhandlungen „Fundamentals“ (Grundlagen) mit der Ukraine und der Republik Moldau eröffnet. Dieser Verhandlungsblock umfasst unter anderem die Kapitel Justiz und Grundrechte, Recht, Freiheit und Sicherheit; sowie das öffentliche Auftragswesen. Er beinhaltet die zentralen Werte und Grundsätze der EU, von der Rechtsstaatlichkeit bis hin zu verlässlichen und funktionsfähigen demokratischen Institutionen. Die EU bezeichnete die Eröffnung der Verhandlungen des ersten Verhandlungsblocks als Meilenstein und klare Botschaft, dass die Zukunft der Ukraine und Moldau fest in der EU verankert sei. Die EU-Erweiterung sei nicht nur eine strategische Chance, sondern auch eine entscheidende Investition in ein stärkeres, sichereres und geeintes Europa.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/15/eu-and-ukraine-open-first-accession-negotiations-cluster/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/15/enlargement-eu-and-moldova-reach-a-milestone-in-accession-talks-with-opening-of-the-first-negotiation-cluster/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des EP vom 15.-18.06.2026 in Straßburg

Neues EU-System zur Rückführung von Drittstaatsangehörigen

Am 17.06.2026 hat das Plenum Änderungen an der EU-Politik zur Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in der EU aufhalten, gebilligt. Die neuen Vorschriften zielen darauf ab, die Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Gleichzeitig sollen unerlaubte Bewegungen und Betrug innerhalb der EU verhindert werden. Nach den neuen Regeln ist eine Rückführungsentscheidung, die von den zuständigen nationalen Behörden gegen einen Nicht-EU-Bürger erlassen wird, der sich illegal in einem Mitgliedstaat (MS) aufhält, mit der Verpflichtung verbunden, das betreffende EU-Land unverzüglich oder innerhalb einer bestimmten Frist zu verlassen. Drittstaatsangehörige, gegen die ein Rückführungsbescheid vorliegt, sind dazu verpflichtet mit den zuständigen Behörden zusammenzuarbeiten. Zur Vorbereitung ihrer Rückführung können sie nach einer Einzelfallprüfung in Gewahrsam genommen werden, beispielsweise wenn sie nicht kooperieren, Fluchtgefahr besteht oder sie ein Sicherheitsrisiko darstellen. Es wird künftig möglich sein, Migranten mit einer Rückführungsentscheidung – mit Ausnahme unbegleiteter Minderjähriger – auf der Grundlage eines von einem EU-MS geschlossenen Abkommens in „Rückführungszentren“ auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Landes zu überstellen, das sich bereit erklärt, diese aufzunehmen. Diese Abkommen dürfen nur mit Drittländern geschlossen werden, die die Menschenrechte, das Völkerrecht und den Grundsatz der Nichtzurückweisung achten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0207_DE.html

Neue genomische Techniken für Innovationen in nachhaltiger Landwirtschaft

Das Plenum nahm am 17.06.2026 neue Vorschriften an, die den Zugang zu neuen, klima- und schädlingsresistenten Pflanzen erleichtern. Die geänderten Vorschriften für neue genomische Verfahren (NGT), auf die sich EP und Rat im Dezember 2025 vorläufig geeinigt hatten, markieren einen Wendepunkt: Für die Regulierung von Pflanzen ist nun deren genetische Beschaffenheit und nicht mehr das Zuchtverfahren entscheidend. Die

Vorschriften gelten sowohl für Pflanzen mit Ursprung in Europa als auch für importierte Pflanzen. Mehrere Produkte, die aus NGT-Pflanzen hergestellt wurden, sind bereits auf dem Markt erhältlich oder befinden sich außerhalb der EU in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium. Beispiele hierfür sind glutenarmer Weizen, krankheitsresistente Kartoffeln und trockenheitstoleranter Mais.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2026-0206_DE.html

Europäischer Ausschuss der Regionen

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 09.06.2026 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Für Hessen nahm Frau Staatssekretärin Müller teil. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Europäischer Schutzschild für die Demokratie“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2233563&meetingSessionId=2292697>

AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung

Am 18.06.2026 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Überprüfung der Umsetzung der EU-Umweltpolitik - Umsetzung und Vereinfachung der umweltpolitischen Strategien der EU“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2236792&meetingSessionId=2296682>

Wirtschaft

Rat; Kommission; Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit der EU mit der Republik Korea

Am 11.06.2026 wurde im Rahmen des elften Gipfeltreffens der EU und der Republik Korea über die Fortschritte der bilateralen Zusammenarbeit beraten. Dabei wurde der Start einer Partnerschaft für Wettbewerbsfähigkeit zwischen der EU und der Republik Korea vereinbart, flankiert durch die Einrichtung eines hochrangigen Wirtschaftsdialogs. Die Bedeutung der Wirtschaftspartnerschaft zeigt sich auch im Wachstum des Warenhandels, das seit Inkrafttreten des gemeinsamen Freihandelsabkommens im Jahr 2011 durchschnittlich 5,3% betrug. Zudem wurde über konkrete Maßnahmen zur Förderung technologieintensiver Start-ups, von Forschung und Innovation, der Energieversorgungssicherheit, sowie der Kreislaufwirtschaft gesprochen. Das Treffen unterstrich die enge wirtschaftliche Beziehung beider Seiten sowie deren Verlässlichkeit und Berechenbarkeit.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2026/06/10/>

EP; Rat; Parlament billigt Verordnung zur Umsetzung der Zollverpflichtungen mit den USA

Am 16.06.2026 billigte das EP mit 440 zu 151 Stimmen bei 50 Enthaltungen die Verordnung zur Anpassung der Einfuhrzölle auf bestimmte Waren mit Ursprung in den USA. Damit entfallen die Zölle auf alle aus den USA importierten Industriegüter; verschiedene Lebensmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse erhalten zudem präferenziellen Marktzugang. Die Kommission soll die Auswirkungen der Zollpräferenzen rechtzeitig vor dem Auslaufen der Verordnung am 31.12.2029 bewerten und gegebenenfalls einen Legislativvorschlag zur Verlängerung vorlegen. Für den Fall, dass Industrie oder Landwirtschaft der EU besonders unter gesteigerten Einfuhren aus den USA leiden, wurde

ein Schutzmechanismus vereinbart. Zudem soll die Kommission die Entwicklungen vierteljährlich beobachten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260611IPR45206/handelsabkommen-der-eu-mit-den-usa-parlament-gibt-grunes-licht>

V e r k e h r

Kommission; Veröffentlichung neuer Leitlinien zur besseren Planung urbaner Mobilität

Am 11.06.2026 veröffentlichte die Kommission die dritte Ausgabe der Leitlinien für die Planung nachhaltiger urbaner Mobilität (SUMP). Im Rahmen der nachhaltigen Mobilitätsplanung sollen künftig auch Stakeholder aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sowie die Öffentlichkeit stärker eingebunden werden. Die Leitlinien wurden insbesondere vor dem Hintergrund der TEN-V-Verordnung überarbeitet. Die aktualisierte Fassung wurde unter anderem an den European Green Deal, die Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität und den EU-Rahmen für urbane Mobilität angepasst. https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/new-guidelines-improve-eu-sustainable-urban-mobility-planning-2026-06-11_en

EP; Rat; Kommission; Überarbeitung der Fluggastrechteverordnung

Am 15.06.2026 nahmen EP und Rat die von der Kommission bereits 2013 angestoßene Reform der Fluggastrechteverordnung an. Die bisherigen Regelungen zu Verspätungszeiten und Entschädigungsbeträgen bleiben bestehen; zugleich soll die Beantragung von Entschädigungen für Verbraucher transparenter und einfacher werden. Mehr Transparenz ist ferner bei den Preisen für Gepäckstücke im Rahmen der Flugbuchung vorgesehen. Eine Gebühr für die Änderung des auf dem Ticket eingetragenen Namens darf künftig nicht mehr verlangt werden. Fluggästen, die einen Hinflug nicht antreten, darf außerdem der Rückflug nicht mehr verweigert oder nur gegen zusätzliche Gebühr gewährt werden. Darüber hinaus wurden die Rechte von Menschen mit Behinderung oder eingeschränkter Mobilität gestärkt. Auch soll Eltern ermöglicht werden, ohne Aufpreis neben ihren Kindern zu sitzen. Zur Entlastung der Fluggesellschaften wurde zugleich die Liste außergewöhnlicher Umstände erweitert, bei deren Vorliegen eine Entschädigungspflicht entfällt.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/commission-welcomes-landmark-agreement-revised-air-passenger-rights-2026-06-15_en

E n e r g i e

Kommission; EU und Ägypten verkünden Investitionspaket für erneuerbare Energien

Am 15.06.2026 stellte die Kommission ein Investitionspaket in Höhe von 690 Mio. EUR für den Ausbau erneuerbarer Energien in Ägypten vor. Das Paket wird durch ein Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von 600 Mio. EUR unterstützt, die verbleibenden 90 Mio. EUR werden von der Kommission bereitgestellt. Die Mittel sollen ein Projekt der Egyptian Electricity Transmission Company (EETC) unterstützen, das bis 2030 22 Gigawatt Strom aus erneuerbaren Energien bereitstellen soll. Das Investitionspaket ist zugleich die erste Maßnahme der am 09.06.2026 gestarteten Trans-Mediterranean Renewable Energy and Clean Tech Cooperation Initiative (T-MED). Ziel der Initiative ist es, den Ausbau erneuerbarer Energien im südlichen Mittelmeerraum zu fördern, die Erreichung der Klimaziele bis 2040 voranzutreiben und zugleich Chancen für europäische Unternehmen in den Bereichen saubere Energietechnologien und Netzinfrastruktur zu schaffen.

Digital

Rat; Verhandlungsposition bei der European Business Wallet

Der Rat der EU hat seine Verhandlungsposition zur Einführung der European Business Wallets (EBW) am 09.06.2026 verabschiedet. Ziel ist eine EU-weit interoperable digitale Unternehmenswallet, mit den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen sowie mit öffentlichen Verwaltungen vereinfacht und sicher gestaltet werden sollen. Aufbauend auf dem eIDAS-2-Rahmen sollen Vorgänge zukünftig digitalisiert abgewickelt werden können. Der Rat betont dabei, dass die europäische Unternehmensbrieftasche bestehende nationale B2B- und B2G-System lediglich ergänzen soll. Zudem erhöht der Rat die Cybersicherheitsvoraussetzungen. Die Trilog-Verhandlungen können beginnen, sobald das EU-Parlament seinen Standpunkt festgelegt hat.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/09/european-business-wallets-council-adopts-negotiating-position/>

EP; Abstimmung über KI-Omnibus

Nachdem das EP und der Rat im Mai 2026 zu einer Einigung beim KI-Omnibus gekommen sind, hat das Plenum am 16.06.2026 für die Verabschiedung des KI-Omnibus am 17.06.2026 gestimmt. Bevor das Gesetz in Kraft treten kann, muss es noch formal vom Rat angenommen werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20260611IPR45207/ai-act-ep-approves-simplification-measures-and-nudifier-app-ban>

Forschung

Kommission; Horizont Europa; Forschungsk Kooperation mit Vietnam

Am 27.05.2026 hat die Kommission mit dem Partnerstaat Vietnam eine Absichtserklärung unterzeichnet, um die beidseitige Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation zu stärken. Die Vereinbarung, die während des Besuchs von Forschungskommissarin Ekaterina Zaharieva in Hanoi unterzeichnet wurde, baut auf der neu gegründeten umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Vietnam auf. Sie unterstreicht das Bestreben beider Seiten, Wissenschaft, Technologie und Innovation zu einer stärkeren Säule ihrer Zusammenarbeit zu machen und Wettbewerbsfähigkeit sowie nachhaltiges Wachstum zu fördern. Ziel ist es, die Mobilität von Forschern zu erhöhen, den Wissensaustausch anzuregen, Innovationspartnerschaften zu fördern und Forschungsverbindungen zu stärken. Vietnam beteiligt sich bereits aktiv am EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa und trägt zu Projekten u.a. in den Bereichen digitale Technologien, Gesundheit und grüne Innovation bei. Bisher haben vietnamesische Organisationen und Forscher 32 Teilnahmen im Rahmen des Programms verzeichnet. Die verstärkte Partnerschaft der EU mit Vietnam ist für die Kommission von besonderer Bedeutung, da diese die erste umfassende strategische Partnerschaft zwischen der EU und einem ASEAN-Land darstellt.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/eu-and-vietnam-deepen-partnership-science-technology-and-innovation-2026-05-27_en

Kommission; Forschung; Horizont Europa; Kooperation mit Australien

Die Generaldirektion Forschung der Kommission und die australische Regierung haben am 09.06.2026 Verhandlungen über die Assoziierung Australiens zum EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa abgeschlossen. Australien wird sich auf Basis der Übereinkunft an der Verbundforschung innerhalb von Horizont Europa beteiligen können, die sich mit verschiedensten Forschungsthemen befasst (z.B. Gesundheit, Digitales, Agrarwissenschaften, Energie- und Klimaforschung). EU-Forschungskommissarin Ekaterina Zaharieva erklärte, die Zukunft von Wissenschaft und Technologie hänge von starken internationalen Partnerschaften ab, wie der zwischen der EU und Australien. Die Einigung formalisiere eine bereits florierende wissenschaftliche Partnerschaft, denn bislang haben laut Kommission im Rahmen von der EU-Australien-Kooperation bereits zahlreiche australische Organisationen an insgesamt 239 Forschungsprojekten teilgenommen. Ab Januar 2027 sollen australische Einrichtungen als „förderfähige Einrichtungen“ aus einem assoziierten Land behandelt werden.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/european-union-and-australia-successfully-conclude-horizon-europe-negotiations-2026-06-09_en

F i n a n z e n

Kommission; Haushaltsentwurf 2027

Am 10.06.2026 legte die Kommission ihren Vorschlag zum Jahreshaushalt 2027 in Höhe von 200 Mrd. EUR vor. Im Entwurf ist eine Stärkung in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung und Krisenresilienz vorgesehen. Auch die Unterstützung der Ukraine ist weiterhin vorgesehen. Der Entwurf sieht zusätzliche Investitionen in die europäische Wettbewerbsfähigkeit vor, insbesondere Mittel für Forschungs- und Innovationsprogramme, Erasmus+, sowie Maßnahmen zur Förderung der digitalen und technologischen Entwicklung. Die traditionellen Politikbereiche der EU mit GAP (ca. 54 Mrd. EUR) und der Kohäsionspolitik (ca. 44 Mrd. EUR) bilden weiterhin die größten Ausgabenblöcke des Haushaltsentwurfs. Die Kommission verfolgt mit dem Entwurf das Ziel, bestehende politische Prioritäten fortzuführen und gleichzeitig die EU besser auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen vorzubereiten. Der Entwurf muss bis Ende des Jahres von EP und Rat angenommen zu werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1311

S o z i a l e s

EuGH; Urteil zur Unvereinbarkeit der Regelungen des DEU-Asylbewerberleistungsgesetzes mit der Aufnahmerichtlinie der EU:

Am 04.06.2026 entschied der EuGH in der Rechtssache C-621/24 (Landkreis Schweinfurt v FB) über die Auslegung der Richtlinie 2013/33/EU und den Mindestumfang von Leistungen an Antragsteller auf internationalen Schutz. Der Antrag wurde abgelehnt, weil ein anderer Mitgliedstaat für die Prüfung zuständig und deswegen eine vollziehbare Überstellungsentscheidung ergangen sei. Der EuGH sie die diesbezüglichen Regelungen des deutschen Asylbewerberleistungsgesetzes im Widerspruch zu der EU-Aufnahmerichtlinie 2013/33/EU, hier insb. Artikel 17 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 2 Buchst. g. Nach der Aufnahmerichtlinie müssten die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass die im Rahmen der Aufnahme gewährten materiellen Leistungen einem angemessenen Lebensstandard entsprechen, der den Lebensunterhalt sowie den Schutz der physischen und psychischen Gesundheit von Antragstellern gewährleiste. Ein „angemessener“ Lebensstandard in diesem Sinne lasse sich ohne Maßnahmen in Bezug auf Kleidung und Geldleistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs nicht verwirklichen. Es gehe dabei auch

um ein Mindestmaß an Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben im betroffenen Mitgliedstaat.

<https://infocuria.curia.europa.eu/tabs/document/C/2024/C-0621-24-00000000RP-01-P-01/ARRET/321768-DE-1-html>

Kommission; Sitzung des Sonderausschusses für Kindersicherheit im Internet - Eurobarometer bestätigt Zusammenhang zwischen der Nutzung sozialer Medien und Wohlbefinden

Am 16.06.2026 kam der „Sonderausschuss zur Online-Sicherheit von Kindern“ zu seiner dritten und letzten Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt standen aktuelle EU-Regelungen und Initiativen zum Schutz Minderjähriger sowie internationale Ansätze. Die Co-Vorsitzenden des Ausschusses werden am 13.07.2026 ihre Empfehlungen der Kommissionspräsidentin vorlegen, um das Rahmenwerk der EU für den Schutz von Minderjährigen online weiter zu stärken. Dies erfolgt vor dem Hintergrund einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage, die zeigt, dass fast ein Drittel der Jugendlichen angibt, sich aufgrund sozialer Medien gestresst, traurig oder sozial ausgeschlossen zu fühlen. 45% der Befragten gaben an, sich bei der Nutzung sozialer Medien häufig mit anderen zu vergleichen, und etwa 25% sind bereits auf problematische Inhalte gestoßen, z.B. sog. Hassreden. Eine weitere Eurobarometer-Umfrage zum Digitalen Jahrzehnt ergab, dass 92% der Europäerinnen und Europäer die weitere Stärkung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen online als politische Priorität betrachten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_1361

Gesundheit und Verbraucherschutz

Rat; Biotech Act I; MDR/IVDR

Am 16.06.2026 hat der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz in der Formation Gesundheit getagt. Der Rat legte seinen Standpunkt zum Vorschlag für eine Richtlinie im Rahmen des sog. Biotech Act I fest. Der Vorschlag ändert zwei bestehende Richtlinien mit dem Ziel, die Vorschriften für das Inverkehrbringen bestimmter gentechnisch veränderter Mikroorganismen (GMM) zu straffen (Freisetzungs-RL), sowie die Vorschriften zur Organverarbeitung an die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse anzupassen (Organtransplantations-RL). Zentrale Punkte des Verhandlungsmandats betreffen die autologe Verwendung von Organen, die Gültigkeit der Einwilligung in Bezug auf GMM auf höchstens zehn Jahre und eine neue Bestimmung zur Verarbeitung personenbezogener Daten, sofern diese im öffentlichen Interesse liegen. Zudem fand eine Orientierungsaussprache zum Vorschlag für eine Verordnung im Rahmen des Biotech Act I statt. Zudem legte die CYP-Ratspräsidentschaft einen Fortschrittsbericht zu den auf technischer Ebene abgehaltenen Beratungen zur Verordnung zur Vereinfachung der Vorschriften über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika vor. Darüber hinaus sprachen die Ministerinnen und Minister zur EU-Kommunalabwasserrichtlinie (Information aus DEU) sowie zum Ebola Bundibugyo Virus in Zentralafrika.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2026/06/16/>

Rat; EP; Politische Einigung über Saatgut und anderes Pflanzenvermehrungsmaterial

Am 15.06.2026 erzielten Rat und EP eine politische Einigung über die Überarbeitung und Vereinfachung der EU-Vorschriften für Pflanzenvermehrungsmaterial. Ziel ist es, alte Richtlinien zu straffen und die biologische Vielfalt zu fördern. Die Modernisierung der geltenden Vorschriften ermöglicht es Herstellern und Unternehmen, von den neuesten Innovationen, Technologien und der Digitalisierung in diesem Bereich zu profitieren. Durch die neuen Regeln sollen der Austausch und der Erhalt von traditionellen, lokal angepassten Sorten erleichtert werden. Nicht-gewerbliche Züchter profitieren von Ausnahmen von den strengen Zertifizierungspflichten. Ferner sollen Investitionen und Innovationen in diesem Sektor gefördert werden, z.B. durch digitale Lösungen zur Umwandlung von Pflanzenvermehrungsmaterial. Darüber hinaus wird eine Verbesserung der Durchführung amtlicher Kontrollen angestrebt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/15/council-and-parliament-reach-provisional-deal-on-new-rules-for-plant-reproductive-material/>

Justiz

Rat; Justiz-Rat tagte in LUX, u.a. zu Justizprogramm und Elternschaft

Die Justizministerinnen und -minister beschlossen am 05.06.2026 in LUX eine teilweise Verhandlungsposition des Rates zum neuen Justizprogramm zur Förderung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen sowie der Ausbildung von Richtern. Da dies ein Teil des EU-Gesamthaushalts 2028-2034 ist, klammert das Mandat für die Verhandlungen mit dem EP finanzielle und horizontale Fragen aus, die derzeit in den Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen erörtert werden. Der Rat debattierte außerdem über den Entwurf einer Verordnung zur Anerkennung der Elternschaft. Dieser zielt darauf ab, die in einem Mitgliedstaat festgestellte Elternschaft EU-weit anzuerkennen, um Rechtssicherheit in grenzüberschreitenden Situationen zu schaffen. Er soll alle Kinder schützen, unabhängig von Zeugung, Geburt und Familienkonstellation. Zur Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO) beriet der Rat über die anstehende Teil-Erneuerung des EPPO-Kollegiums wegen dem Ende der Amtszeit europäischer Staatsanwälte aus mehreren Mitgliedstaaten. Auch für Andrés Ritter (DEU) soll ab seinem Amtsantritt als Europäischer Generalstaatsanwalt am 01.11.2026 ein Nachfolger ernannt werden. Bei der Betrugsbekämpfung soll die EPPO gestärkt werden durch besseren Zugang zu Umsatzsteuerinformationen auf EU-Ebene. Weitere Themen waren u.a. der Kampf gegen Straflosigkeit betreffend Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, das EU-Justizbarometer 2026 und Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und Drittstaaten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2026/06/05/>

Innere

Rat; Tagung des Innen-Rats

Im Rahmen des Rats „Justiz und Inneres“ tauschten sich die Innenministerinnen und -minister der EU am 04.06.2026 in LUX u. a. über die externe Dimension der Migration aus, diesmal über den aktuellen Stand der Zusammenarbeit mit Somalia bei der Rückübernahme seiner Staatsangehörigen und insoweit über mögliche restriktivere Visamaßnahmen. Ein weiteres Thema war der Migrationsdruck auf den Ärmelkanal und die Nordsee. Die Beratungen sollten der Kommission helfen, einen Aktionsplan für die Ärmelkanalroute fertigzustellen. Daneben legte der Rat folgende Prioritäten für den Schengen-Zyklus 2026-2027 fest: Digitalisierung von Verfahren, Resilienz der Außengrenzen (inklusive Wirksamkeit von Rückführungen) und

innere Sicherheit (mit dem Ziel eines Raums ohne Binnengrenzkontrollen). Der Rat befasste sich darüber hinaus mit den Fortschritten bei der Interoperabilität der IT-Großsysteme der EU im Bereich Justiz und Inneres (einschließlich des Einreise-/Ausreisystems EES und des Reisegenehmigungssystems ETIAS) und nahm Schlussfolgerungen zur Stärkung der Verwaltung des Schengen-Systems an. Der Rat billigte einen Rahmen für die Umsetzung der EU-Drogenstrategie mit einem neuen EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenhandels. Weiterhin befasste sich der Rat mit dem künftigen Rechtsstatus von Vertriebenen aus der Ukraine. Insoweit ging es um die Frage, ob und wie der vorübergehende Schutz verlängert werden soll.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2026/06/04/>

Kommission; Geltungsbeginn der GEAS-Reform am 12.06.2026

Seit 12.06.2026 gelten die neuen Regeln aus dem Migrations- und Asylpaket. Laut Kommission verfüge die EU damit über einen umfassenden Migrations- und Asylrahmen mit einem robusten Schutz der Außengrenzen, fairen und strengen Asylvorschriften, und einem Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung. Ein zentraler Schwerpunkt der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) liegt auf der Sicherung der EU-Außengrenzen durch die Registrierung und das Screening aller irregulären Migranten. Daneben sollen bei bestimmten Personengruppen beschleunigte Grenzverfahren durchgeführt werden können, u. a. bei Personen, die vermutlich keinen Schutz benötigen oder die ein Sicherheitsrisiko darstellen. Bei den Asylverfahren sollen kürzere Fristen gelten und die Sekundärmigration innerhalb der EU soll wirksamer unterbunden werden. Zudem sieht das Paket einen Solidaritätsmechanismus für die Mitgliedstaaten vor, um den besonderen Situationen im Hinblick auf ihren Beitrag zur Solidarität berücksichtigen zu können. Die Kommission kündigte an, dass sie gemeinsam mit den EU-Agenturen die Mitgliedstaaten bei der weiteren Umsetzung der neuen Verfahren kontinuierlich unterstützen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1285

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäische Kommission

- 01.07. Mitteilung über den Binnenmarkt für Verteidigung: Eine zukunftsfähige technologische Basis der EU
Öffentliches Auftragsvergabegesetz
Europäisches Innovationsgesetz
Viehzuchtstrategie

Europäisches Parlament

In den nächsten zwei Wochen findet keine Plenarsitzung statt.

Europäischer Ausschuss der Regionen

- 02.&03.07.2026 172. AdR-Plenarsitzung
Strategie für den Generationswechsel in der Landwirtschaft
Einbeziehung der klima-, energie- und umweltpolitischen Prioritäten in den mehrjährigen Finanzrahmen
Die globale Klima- und Energievision der EU: Auf dem Weg zu inklusiveren globalen Klima- und Umweltverhandlungen
Die gemeinsame Fischereipolitik, der Europäische Pakt für die Meere und die Meeres- und Aquakulturpolitik der Union
Gemeinsame Agrarpolitik im Zeitraum 2028 bis 2034
Verordnung zur Einrichtung des Instruments „Europa in der Welt“
Die Bedeutung der dezentralen Zusammenarbeit und der Städtediplomatie im EU-Ansatz für fragile Situationen
Unionsunterstützung in den Bereichen Asyl, Migration und Integration für den Zeitraum 2028 bis 2034
Unionsunterstützung im Bereich der inneren Sicherheit für den Zeitraum 2028 bis 2034
Rechtsrahmen für Gesellschaften mit der Rechtsform EU Inc.
Europäische Unternehmensbrieftaschen
Europäischer Sozialfonds 2028–2034
Verbraucheragenda 2030
Katastrophenschutzverfahren der Union
Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ+-Personen 2026–2030

Europäischer Gerichtshof

Termine EuGH/EuG 22.06.-03.07.2026:

30.06.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-12/25
Bisdom Gent – DSGVO: Gilt das Recht auf Löschung für Taufregister? (BEL)

02.07.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-738/22 P Google und Alphabet /
Kommission – Google Android

02.07.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-67/25 Traugott Ickeroth – Maßnahmen der EU
gegen russische Desinformationskampagnen (DEU)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 06.07.2026.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA